

von 1,4 Mrd. Yuan (170 Mio. US\$) gebaut. Weitere 18,6 Mrd. Yuan sind vorgesehen, um die Anlage zu erweitern. (XNA, 23.6.99) -schü-

19 Engere wirtschaftliche Kontakte zu afrikanischen Ländern

Im Rahmen der Diversifizierung der Handelspartner und Erschließung neuer Märkte wird einzelnen afrikanischen Ländern inzwischen mehr Aufmerksamkeit geschenkt. So reiste beispielsweise der stellvertretende MOFTEC-Minister Sun Guangxiang Mitte Juni d.J. zu Wirtschaftsgesprächen nach Niger. Beide Länder unterzeichneten eine Vereinbarung über wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit. Sun forderte die nigerianische Seite auf, sich verstärkt auf der Kanton-Messe vorzustellen und kündigte an, daß ein chinesisches Handelsbüro in Niger eröffnet wird. (XNA, 12.6.99)

Ebenfalls in Juni wurde mit Vertretern der Zentralafrikanischen Republik ein Abkommen über wirtschaftliche und technische Zusammenarbeit geschlossen. Darüber hinaus wollen beide Seiten eine Gemischte Wirtschafts- und Handelskommission einrichten, um die bilateralen Wirtschaftsbeziehungen stärker zu fördern. Sun wies während der Wirtschaftsgespräche darauf hin, daß die chinesische Regierung die Zusammenarbeit mit Partnern aus der Zentralafrikanischen Republik unterstützen würde. Vor allem der Veredlungshandel bietet sich für die Kooperation an. Dieser könnte sich insbesondere auf die Herstellung von elektrischen Haushaltsgeräten mit chinesischer Ausrüstung und chinesischen Zwischenprodukten in Zentralafrika konzentrieren.

Im bilateralen Handel könnte China Sun zufolge vor allem landwirtschaftliche und leichtindustrielle Produkte, Textilien, Elektronikprodukte sowie Medikamente für den dortigen Markt anbieten und im Gegenzug Holz und Diamanten aus Zentralafrika importieren. (XNA, 16.6.99)

Auch nach Kenya werden die Wirtschaftskontakte verstärkt. So fand im Juni d.J. ein Wirtschaftsforum mit 150 Unternehmern und offiziellen Vertretern aus Kenya und China in Nairobi statt. Die vom Ken-

ya National Chamber of Commerce and Industry organisierte Veranstaltung soll das Potential für bilateralen Handel und Gründung von Joint Venture-Unternehmen aufzeigen. (XNA, 5.6.99)

Ende April unterzeichneten Kenya und China ein Abkommen über die Bereitstellung chinesischer Entwicklungshilfe in den Bereichen Wirtschaft, Gesundheit und Kultur. Zwischen beiden Ländern belief sich das bilaterale Handelsvolumen 1997 auf 130 Mio. US\$ und 1998 auf rd. 120 Mio. US\$. (XNA, 29.4.99) Im Vergleich zum bilateralen Handel mit Südafrika stecken die Handelsbeziehungen noch in den Kinderschuhen. So belief sich das gemeinsame Handelsvolumen zwischen Südafrika und China im letzten Jahr auf 1,558 Mrd. US\$; im Vergleich zu 1997 stellt dies einen Rückgang um 1% dar. Chinas Exporte betragen 867,22 Mio. US\$ (+10,5%), die Importe machten 691,06 Mio. US\$ (-12,5%) aus. (XNA, 28.1.99) -schü-

20 Defizit in der Kapitalverkehrsbilanz 1998

Nach Angaben der *Financial News* wies die Zahlungsbilanz 1998 zwar erneut eine positive Entwicklung auf, doch verzeichnete die Kapitalverkehrsbilanz einen negativen Saldo in Höhe von 46,8 Mrd. US\$. Dieses Defizit in der Teilbilanz sei entstanden, obgleich China im letzten Jahr einen weiterhin hohen Zufluß ausländischer Direktinvestitionen verbuchen konnte. Es muß also davon ausgegangen werden, daß die Maßnahmen gegen die Kapitalflucht nur in einem beschränkten Maße erfolgreich waren. Schätzungen zur Kapitalflucht gehen von mindestens 20 Mrd. US\$ im letzten Jahr aus.

Die Leistungsbilanz fiel nach Angaben der State Administration of Foreign Exchange (SAFE) dagegen 1998 mit einem Überschuß von 29,3 Mrd. US\$ erneut sehr gut aus. Der hohe Handelsbilanzüberschuß von 43,59 Mrd. US\$ hat wesentlich zu diesem Ergebnis beigetragen. (AWSJ, 21.6.99)

Ende 1998 beliefen sich Chinas Devisenreserven auf 144,9 Mrd. US\$. Gegenüber Ende 1997 waren sie demnach nur um rd. 5 Mrd. US\$ gestiegen. (XNA, 19.6.99) -schü-

Binnenwirtschaft

21 Neue Zinssenkung zur Konjunkturanhebung

Mitte Juni 1999 hat die Zentralbank erneut die Zinsen auf Spareinlagen und für Kredite gesenkt. Die durchschnittliche Zinssenkung auf Spareinlagen und für Kredite mit unterschiedlichen Laufzeiten beträgt rd. 1% bzw. rd. 0,75%. Seit Mai 1996 (siehe Tabelle „Zinsen auf Einlagen und Kredite mit einer Laufzeit von 1 Jahr“) wurde das Zinsniveau inzwischen sieben Mal reduziert.

Zinsen auf Einlagen und Kredite mit einer Laufzeit von 1 Jahr

| Zeitpunkt | Zinsen auf Einlagen | Zinsen für Umlaufkredite |
|-----------|---------------------|--------------------------|
| Mai 1996 | 9,18 | 10,98 |
| Aug. 1996 | 7,47 | 10,08 |
| Okt. 1997 | 5,67 | 8,64 |
| März 1998 | 5,22 | 7,92 |
| Juli 1998 | 4,77 | 6,93 |
| Dez. 1998 | 3,78 | 6,39 |
| Juni 1999 | 2,25 | 5,85 |

Quelle: People's Bank of China nach AWSJ, 10.6.99

Nach Angaben von Wei Jianing, Direktor des Financial Research Office of the State Council's Development Research Centre, wird mit der Zinssenkung das Ziel verfolgt, die Nachfrage zu beleben und den Abwärtstrend in der Wirtschaftsentwicklung aufzuhalten. Weiterhin sollen auch mit dieser Entscheidung die Belastungen der Banken und Staatsunternehmen verringert und ihre Gewinnchancen verbessert werden; niedrigere Zinsen sollen dazu beitragen, die Kettenverschuldung der Unternehmen aufzulösen und die Reform der Staatsunternehmen zu fördern.

Nach Einschätzung des Ökonomen Xiao Zhuoji kommt die Zinssenkung zum richtigen Zeitpunkt und in der richtigen Höhe. So seien die Preise seit der letzten Reduzierung der Zinsen

weiter gefallen, während die Einlagenzinsen auf einem relativ hohen Niveau geblieben waren. Zu den positiven Nebeneffekten zählt Xiao, daß die Investitionen gefördert werden, die Kosten für die Emission von Staatsanleihen sinken, die Nachfrage der Konsumenten erhöht und die Entwicklung des Kapitalmarktes vorangetrieben wird. (XNA, 11.6.99)

Daß die vorangegangenen Zinssenkungen nicht die gewünschten Wirkungen entfaltet hätten, führt Xiao darauf zurück, daß der Umfang der Zinssenkungen zu gering gewesen war. (SWB FE W0493/CNS, 16.6.99)

Vor dem Hintergrund des anhaltenden Preisverfalls mit einem Rückgang der Einzelhandelspreise um 3,1% im 1. Quartal 1999 gegenüber der Vorjahresperiode und um 3,5% im April 1999 erhöhten sich die Realzinsen und boten so Spielraum für die erneute Zinssenkung. (NZZ, 11.6.99)

Daß durch die Zinssenkung die Zunahme der Investitionen über eine höhere Nachfrage nach Krediten bzw. eine steigende Konsumneigung der Konsumenten eintreten wird, kann nicht automatisch angenommen werden. So wird noch ein großer Teil des Kreditvolumens von den Unternehmen nicht nach marktwirtschaftlichen Kriterien nachgefragt, sondern staatlich zugeteilt. Lediglich die Sparer erhalten bei niedrigeren Zinsen einen Anreiz, ihr Geld von den Konten abzuziehen und zu konsumieren oder in andere Bereiche zu investieren. Allerdings hat es auch nach den letzten Zinssenkungen keine deutlich spürbare Erhöhung der Konsumgüternachfrage gegeben. Aufgrund unsicherer Erwartungen hinsichtlich Arbeitsmarktentwicklung und hohen Kosten der Alterssicherung hielten sich die Verbraucher auch bei fallenden Sparzinsen überwiegend zurück. Dagegen zeigte der Aktienmarkt einen starken Zufluß von Kapital, der die Aktienpreise in die Höhe trieb. Diese Entwicklung bezeichnete die Zentralbank als durchaus beabsichtigt, um den Aktienmarkt neu zu beleben und Staatsunternehmen den Zugang zur Börse zu erleichtern. (FT, 10.6.99; FAZ; 10.6.99; AWSJ, 10.6.99) -schü-

22 Armutsbekämpfung und Reduzierung regionaler Disparitäten

Anfang Juni 1999 fand eine Konferenz zur Armutsbekämpfung und Entwicklung der ländlichen Gebiete statt, die gemeinsam vom Zentralkomitee der KPCh sowie dem Staatsrat einberufen worden war. In einem Kommentar in der *Renmin Ribao* vom 10.6.99 wird auf die Bedeutung der Armutsbekämpfung eingegangen. Die Reduzierung und Ausmerzungen der Armut sowie die Realisierung eines Wohlstandes für alle Teile der Bevölkerung sei von zentraler Bedeutung für das sozialistische System sowie das Ideal der chinesischen Nation in den letzten Tausend Jahren (sic!) gewesen. Die Gründung des neuen China sei die wichtigste Garantie dafür, daß das Problem der Armut in China gelöst wird. Seit Beginn der Wirtschaftsreformen und der außenwirtschaftlichen Öffnung, so der Kommentar, seien die ländliche Politik verändert und günstige Bedingungen geschaffen worden, um die ausreichende Versorgung der Bevölkerung in den ländlichen Gebieten mit Nahrungsmitteln und Bekleidung zu gewährleisten.

Der Kommentar weist darauf hin, daß seit Mitte der 80er Jahre ein Programm zur Armutsbekämpfung und zur Entwicklung der ländlichen Gebiete verfolgt wird. In den letzten 20 Jahren habe China für rd. 200 Millionen Menschen auf dem Lande das Problem unzureichender Bekleidung und Ernährung bereits lösen können. Die grundlegenden Produktions- und Lebensbedingungen für die Menschen in den Armutsgebieten sowie die sozialen Rahmenbedingungen in den Bereichen Wissenschaft, Technologie, Kultur und Bildung hätten verbessert werden können.

Als Herausforderung für die Zukunft weist der Kommentar auf die Realisierung des Plans zur Ausmerzungen der Armut von 80 Millionen Menschen bis zum Jahr 2000 hin. Mit Ausnahme behinderter Menschen und solcher, die aufgrund fehlender Einkommensmöglichkeiten die Unterstützung der Gesellschaft benötigten, sollte die Armut bis zum Jahr 2000 abgeschafft worden sein. Das bedeute, daß in den Jahren 1999 und 2000 jährlich rd. 10 Mio. Menschen aus der Armut heraus-

geführt werden müßten. Dies werde eine äußerst schwierige Aufgabe werden, sei jedoch die historische Verantwortung der KPCh und der Regierung. Erfolge bei der Armutsbekämpfung hätten außerdem Einfluß auf die gesamtwirtschaftliche Entwicklung des Landes, die nationale Einheit, die soziale Stabilität, die Stärkung der Grenzregionen; sie wären außerdem notwendige Bedingung für die Ausweitung des inländischen Marktes und die Entwicklung der ländlichen Märkte sowie für den Anstieg der bäuerlichen Einkommen. Die Bekämpfung der Armut sei weiterhin eine wichtige strategische Maßnahme, um die Entwicklung in Zentral- und Westchina zu beschleunigen, die regionalen Disparitäten zu reduzieren und letztendlich das Ziel des gemeinsamen Wohlstandes zu erreichen.

Um bei der Bekämpfung der Armut erfolgreich zu sein, nennt der Kommentar die wichtigsten Leitlinien und Ansätze. Dazu zählt 1) daß Empfänger von Mitteln zur Linderung der Armut arme Dörfer oder Haushalte sein müssen; Leistungen dürfen nicht ohne Berücksichtigung der Armutskriterien vergeben werden. 2) Die Anstrengungen müssen auf die Frage konzentriert werden, wie die armen Haushalte ausreichend mit Nahrungsmitteln und Kleidung versorgt werden können; für andere Ziele sollen keine Mittel bereitgestellt werden. 3) Es muß sichergestellt werden, daß die Armutsbekämpfung wirklich die Situation der armen Dörfer und Haushalte verbessert; Armutsbekämpfung darf nicht bloß auf verbale Ankündigungen beschränkt bleiben. Der Kommentar nennt als Beispiele für einkommensschaffende Maßnahmen den Anbau von Früchten, Vieh- und Fischzucht. (SWB, FE/D3558, CNS, 11.6.99)

Nach Angaben von Su Guoxia vom Amt für Armutsbekämpfung und Entwicklung beim Staatsrat wurde die Zahl der armen Menschen seit 1985 um rd. 200 Mio. auf nunmehr 42 Mio. gesenkt. Mittel der Armutsbekämpfung sollen vor allem an Haushalte vergeben werden, die keine Arbeitskräfte besitzen und an Bauern, die aufgrund schwieriger ökologischer Bedingungen umgesiedelt werden müssen. Weiterhin sollen Kleinkredite eingesetzt werden, um armen Bevölkerungsgruppen einkommensschaffen-

de Maßnahmen anzubieten. (XNA, 21.6.99)

Auf der o.g. nationalen Konferenz zur Armutsbekämpfung kündigte der stellvertretende Ministerpräsident Wen Jiabao an, daß die Regierung die Mittel für die Armutsbekämpfung ausweiten werde. Die bereits bereitgestellten Mittel sollen um 6,5 Mrd. Yuan auf insgesamt 24,8 Mrd. Yuan erhöht werden. (XNA, 9.6.99)

Angaben der Staatlichen Entwicklungsplanungskommission (SDPC) zufolge wurde die Zahl der Infrastruktur- und Rohstoffprojekte in den armen Regionen Zentral- und Westchinas deutlich erhöht, um die ungleiche Entwicklung zwischen Ost- und Westchina zu reduzieren. Hierzu zählten beispielsweise der Ausbau der Eisenbahnstrecken Nanning nach Kunming sowie der Strecke Beijing nach Kowloon, die Ausweitung der Eisenbahnlinie im Süden der Provinz Xinjiang sowie der Bau des Drei-Schluchten-Staudammes. Im Jahre 1998 flossen nach Angaben der SDPC 62% der Infrastrukturausgaben aus dem Haushalt der Zentralregierung in die Zentral- und Westregion Chinas. Die Anlageinvestitionen in diesen Regionen wurden um 31,2% erhöht und lagen damit 15 Prozentpunkte höher als in Ostchina. Von den rd. 100 Mrd. Yuan, die im letzten Halbjahr 1998 in Form von Staatsanleihen ausgegeben wurden, hatte die Zentral- und Westregion rd. zwei Drittel erhalten. (XNA, 11.6.99) -schü-

23 Guangdong's Wirtschaftsentwicklung

Die Asienkrise trifft die Wirtschaftsentwicklung der Provinz Guangdong stärker als die anderer Regionen in China, da die Provinz am weitesten in die globale Wirtschaft integriert ist. Der Anteil der Exporte am Bruttoinlandsprodukt (Exportquote) belief sich im letzten Jahr auf 20%. Unternehmen mit Auslandskapital trugen 53% zum gesamten Außenhandel und 49% zu den Exporten bei.

Aufgrund der Konkurrenzsituation Guangdong's zu den umliegenden asiatischen Ländern, deren Ausfuhren durch Abwertungen wettbewerbsfähiger geworden sind, sowie durch die Rezession in Hongkong verlief die außen-

wirtschaftliche Entwicklung in dieser Provinz weitaus weniger dynamisch als in den vorangegangenen Jahren. Während die Exporte zwischen 1996 und 1997 von 59,3 Mrd. US\$ auf 74,5 Mrd. US\$ bzw. um 25,6% zunahmen, stieg der Ausfuhrwert 1998 nur um 1,6% auf 75,7 Mrd. US\$. Die Importe gingen um 2,1% zurück (1998: +9,68%). Der Abwärtstrend bei den Exporten setzte sich auch 1999 fort. In den ersten fünf Monaten d.J. erreichten die Ausfuhren einen Wert von 25,87 Mrd. US\$ und lagen damit im Vergleich zur Vorjahresperiode um 14,6% niedriger. Die Importe beliefen sich auf 22,89 Mrd. US\$, ein Anstieg um 9,4% gegenüber der Vorjahresperiode. Das gesamte Handelsvolumen erreichte eine Höhe von 48,76 Mrd. US\$, das waren 5,1% weniger als im Vergleich zur Vorjahresperiode. Als positive Entwicklung bei den Exporten stellt sich der Anstieg der Ausfuhren von Maschinen und Elektronik im Mai um 11,2% dar; dies war der dritte Monat mit einer Zunahme der Ausfuhr solcher Produkte.

Ob Guangdong eine Trendwende bei den Exporten erreichen kann, ist für China insgesamt von großer Bedeutung, da auf Guangdong rd. 40% aller Ausfuhren entfallen.

Außenhandelsentwicklung der Provinz Guangdong (in Mrd. US\$)

| Jahr | Exporte | Importe | Saldo | Wachstumsrate Exporte (%) | Wachstumsrate Importe (%) |
|-------|---------|---------|-------|---------------------------|---------------------------|
| 1996 | 59,3 | 50,6 | 8,7 | +4,8 | +6,8 |
| 1997 | 74,5 | 55,5 | 19,0 | +25,6 | +9,7 |
| 1998 | 75,7 | 54,3 | 21,4 | +1,6 | -2,1 |
| 1999* | 25,8 | 22,8 | 3,0 | -14,6 | +9,4 |

*Januar bis Mai 1999

Quelle: *Daten zur Wirtschaft, Provinz Guangdong*, Generalkonsulat Kanton, April 1999; XNA, 21.6.99.

Auch der Zustrom von Auslandskapital entwickelte sich bereits ab 1997 - zumindest mit Blick auf die realisierten ausländischen Direktinvestitionen - nicht mehr so günstig wie in den früheren Jahren. Die realisierten Direktinvestitionen waren von 1996 bis 1997 nur um 2,1% gestiegen und erhöhten sich im Folgejahr lediglich um 6,3%. Die vereinbarten Direktinvestitionen brachen mit 9,65 Mrd. US\$ im Jahre 1997 gegenüber dem Vorjahr um 38% ein, konnten sich dann jedoch 1998 mit einem Anstieg auf 12,38 Mrd. US\$ (+28,3%) wieder erholen. Ob sich die-

se Entwicklung in Form deutlich steigender realisierter Direktinvestitionen in diesem Jahr umsetzen wird bleibt abzuwarten. Chinesische Experten befürchten, daß der Kapitalzufluß in andere asiatische Länder steigen wird, da von einer zunehmenden Erholung in der Region ausgegangen wird.

Entwicklung der ausländischen Direktinvestitionen der Provinz Guangdong (in Mrd. US\$)

| Jahr | vereinbarte Direktinvestitionen | realisierte Direktinvestitionen |
|------|---------------------------------|---------------------------------|
| 1996 | 15,5 | 13,9 |
| 1997 | 9,65 | 14,2 |
| 1998 | 12,38 | 15,1 |

Quelle: *Daten zur Wirtschaft, Provinz Guangdong*, Generalkonsulat Kanton, April 1999; XNA, 21.6.99.

Da die wichtigsten Investoren in Guangdong aus den asiatischen Nachbarregionen kommen, hat sich durch die Asienkrise gerade der Kapitalzufluß aus diesen Ländern verlangsamt. In der Rangfolge der Auslandsinvestoren liegt Hongkong an erster Stelle, gefolgt von Singapur, Taiwan, den USA, Großbritannien,

Macao, Thailand, Frankreich, Kanada und Australien. Deutsche Direktinvestitionen liegen auf Platz 13. Für 1998 läßt sich bei den vereinbarten Direktinvestitionen eine deutliche Zunahme (+63%), bei den realisierten jedoch ein Einbruch (-53%) feststellen.

Die Gesamtzahl deutscher Unternehmen in Guangdong beträgt 144, das sind rd. 14% der insgesamt in China tätigen deutschen Unternehmen. Es gibt 85 deutsche Unternehmen im produzierenden Gewerbe und im Dienstleistungssektor sowie 59 Reprä-

sentanzbüros. Als Rechtsform wählten 54% der deutschen Unternehmen Joint Ventures; 31% sind 100%ige Tochterunternehmen.

Zu den größten deutschen Investoren in Guangdong zählt die Firma Siemens mit dem Osram Foshan Lighting Co., einem Joint Venture-Unternehmen, das einen deutschen Anteil von 36,4 Mio. US\$ aufweist, sowie dem Gemeinschaftsunternehmen Guangzhou Nanfang Transmission Systems mit einer Beteiligung von 3,3 Mio. US\$. Weiterhin ist Bosch in Shunde mit einer 100%igen Tochter, der Gas Appliances Co. Ltd. (27,56 Mio. US\$ Investitionsvolumen), vertreten. Ebenfalls eine 100%ige Tochter gründete die Firma Knauf in Guangdong, und zwar die Knauf Conch Plasterboards Ltd. (22 Mio. US\$ Investitionsvolumen). Die Firma Schering hat ein Unternehmen mit einem 95%igen Anteil in Guangdong (deutsche Investitionen 15,2 Mio. US\$), die Schering Pharmaceutical Ltd. Mit einem Investitionsvolumen von 13,5 Mio. US\$ ist Hoechst mit einem Joint Venture-Unternehmen, die Dongguan Advanced Coatings Co. Ltd., in Guangdong engagiert.

Obwohl die Außenwirtschaft im letzten Jahr für Guangdong's Wirtschaft etwas an Bedeutung verloren hat, lag das Wirtschaftswachstum der Provinz mit 10,1% noch deutlich über dem Landesdurchschnitt. Bis zum 1. Quartal 1999 ging jedoch auch in Guangdong das Wachstum auf 8,9% gegenüber dem 1. Quartal des letzten Jahres zurück. (*Daten zur Wirtschaft, Provinz Guangdong*, Generalkonsulat Kanton, April 1999; XNA, 21.6.99; HB, 23.6.99) -schü-

24 Hohe Kursgewinne bei B-Aktien

Im Mai und Juni d.J. stiegen die Kurse für B-Aktien an den Börsen in Shanghai und Shenzhen drastisch an. Die höchsten Tagesgewinne im Index seit den letzten neun Monaten beliefen sich an der Börse in Shenzhen auf 9,8% und an der Börse in Shanghai auf 7,7%. Nachdem die Börsen in Shenzhen und Shanghai am 10. bzw. 9. März d.J. ihren Tiefststand erreicht hatten, nahm der Index um 42,6% (in

Shenzhen) bzw. um 44,7% (Shanghai) zu. Obwohl beide Börsen Ende Mai mit 71.96 bzw. 38.712 Zählern ihren Jahreshöchststand realisierten, liegen die Werte noch um ein Drittel unter dem Niveau von Juli 1997. (HB, 1.6.99) Auch in den ersten Juniwochen setzte sich der Kursanstieg weiter fort.

Der Anstieg der Kurse ist auf verschiedene Entwicklungen zurückzuführen. So hatte die Regierung die Stempelsteuer zum 1. Juni von 0,4% auf 0,3% gesenkt. Außerdem soll die Regierung nach Angaben von Aktienhändlern der großen chinesischen Brokerfirmen wie China Southern Securities Co. und China Guotai Securities Co. angekündigt haben, Investmentfonds zuzulassen, die in B-Aktien investieren. Damit würden auch chinesische Kunden (indirekt) in B-Aktien investieren können. Die chinesische Regierung hofft, daß mit diesem Anreiz ein Teil der Spareinlagen der privaten Haushalte in Devisen von den Banken in die Aktienmärkte umgeleitet wird. Die B-Aktien sind nämlich nur in Devisen zu erwerben. In Shanghai sind sie in US-Dollar notiert, in Shenzhen in HK-Dollar. Das Volumen der privaten Devisensparnisse wird mit rd. 80 Mrd. US\$ angegeben. (FAZ, 2.6.99)

Die Senkung der Sparzinsen (siehe Übersicht „Neue Zinssenkung zur Konjunkturankurbelung“) hat in den ersten Juniwochen zu einem weiteren Anstieg der Kurse geführt. Vor allem Sparer mit Devisenkonten sollen Mittel von den Konten abgezogen und im Aktienmarkt investiert haben. (FT, 15.6.99)

Das Interesse am Aktienmarkt insgesamt stieg auch deshalb, weil Händler und Analysten nunmehr annehmen, daß die Regierung das Verbot kreditfinanzierter Käufe von Aktien bald aufheben wird. Dies war im Sommer 1997 eingeführt worden, um die überhitzte Aktienspekulation zu dämpfen. Es wird davon ausgegangen, daß rd. 50 Mrd. Yuan in den Aktienmarkt strömen könnten, wenn die Finanzierung von Aktienkäufen über Bankkredite wieder möglich ist. (FAZ, 2.6.99)

Die Wiederbelebung des Aktienmarktes sieht die Regierung als eine der Maßnahmen an, die zur Konjunkturankurbelung beitragen sollen. Über steigende Aktienpreise und damit ver-

bundene Gewinnmöglichkeiten soll zusätzliches Einkommen geschaffen werden, das dann die Konsumneigung erhöhen könnte. Weiterhin sind neue Emissionen von Aktien für die zweite Hälfte d.J. geplant, nachdem in den letzten Monaten bereits zehn Neuemissionen aufgelegt worden waren. Außerdem sollen eine Reihe neuer Investmentfonds für inländische Anleger von der China Securities Regulatory Commission (CSRC), Chinas Börsenaufsichtsbehörde, genehmigt worden sein. (AWSJ, 18./19.6.99)

Neben den börsennotierten staatseigenen Unternehmen, die mehr als 90% der rd. 900 Aktienunternehmen stellen, sollen nun in verstärktem Maße auch kollektiveigene und private Unternehmen zugelassen werden und auch B-Aktien emittieren dürfen. (AWSJ, 3.6.99) Der Umfang des B-Aktienmarktes ist mit rd. 100 Unternehmen, die neben A-Aktien auch B-Aktien ausgeben können, nach Einschätzung ausländischer Analysten noch relativ klein. Ausländische Anleger waren bisher sehr vorsichtig in ihrem Engagement im B-Aktienmarkt; sie beklagen weiterhin die mangelnde Transparenz der Unternehmen und ihre geringen Gewinne. (IHT, 11.6.99) Ein Bericht der CSRC weist ebenfalls auf Probleme bei der Beachtung von Bestimmungen durch eine Reihe börsennotierender Unternehmen hin. So haben dem Bericht zufolge 25 Unternehmen bei der Veröffentlichung ihrer Gewinnsituation gegen CSRC-Vorschriften verstoßen. Dazu zählte beispielsweise, daß sie Gewinnausweisungen nicht für die vorgeschriebene Periode Anfang März 1998 bis Ende April 1999 vorgelegt haben oder Informationen über ihr Unternehmen bereits vor der offiziellen Veröffentlichung ihres Geschäftsberichts durchsickern ließen.

Andere Unternehmen lieferten beispielsweise falsche oder irreführende Informationen und hielten sich nicht an die Vorgaben des neuen Buchhaltungssystems. Im Rahmen dieses neuen Buchhaltungssystems sollen die Unternehmen ihre Schulden klarer ausweisen und ihre Lagerbestände schneller abschreiben. Eine Reihe von Unternehmen hat außerdem über interne Transaktionen zwischen dem börsennotierenden Tochterunternehmen und dem Mutterunternehmen

nicht bzw. nicht transparent genug berichtet. Von den im Bericht genannten Unternehmen emittieren fünf B-Aktien und sind demnach für ausländische Investoren von Bedeutung. Dazu zählen Shanghai Chlor-Alkali Chemical Co., Shenzhen Great Ocean Shipping Co., Shenzhen Special Economic Zone Real Estate & Properties Group, Shenzhen China Bicycle Co sowie Hainan Dadonghai Tourism Center (Holdings) Co. (AWSJ, 17.6.99) -schü-

25 Banken müssen Filialnetz verkleinern

Als weiterer Schritt zur Reform des Bankensystems und zur Erhöhung der Effizienz wurden die Banken von der Zentralbank aufgefordert, ihre Filialnetze durch Schließung oder Fusionierung um 10-30% zu verkleinern. Für die einzelnen Filialen soll außerdem ein Mindestgeschäftsvolumen festgelegt, und Banken, die dies nicht erreichen, sollen geschlossen werden.

Auch die Aufsicht über die Banken soll verschärft werden. Es ist vorgesehen, daß in den Aufsichtsrat der Banken Vertreter aus dem Finanzministerium, der Rechnungsprüfungsbehörde, der Zentralbank und anderen Regierungsabteilungen aufgenommen werden. Aufgabe des Aufsichtsrates ist die Überwachung und Bewertung der wirtschaftlichen Entscheidungen des obersten Bankmanagements sowie der wirtschaftlichen Gesamtentwicklung der Bank. Weiterhin soll der Personalbereich in den Banken, insbesondere das System der öffentlichen Bediensteten und das Auswahlsystem für Manager, reformiert bzw. neu eingeführt und die Reformen bei der Bereitstellung von Wohnraum für Bankangestellte, der Renten und der medizinischen Leistungen vorangetrieben werden.

Die vier größten Staatsbanken weisen mit jeweils durchschnittlich 800 bis 1.000 Filialen ein enorm großes Filialnetz auf. Ihre Beschäftigtenzahl ist ebenfalls sehr hoch und beträgt zwischen 150.000 und 600.000 Arbeitskräfte. Mit der Verkleinerung des Filialnetzes durch Fusionierung und Schließung von Filialen wird eine Einsparung der Beschäftigtenzahl um 10-20% angenommen.

In diesem Jahr soll außerdem die Bankenaufsicht durch die Zentralbank entsprechend den Prinzipien der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) weiter umgesetzt werden. Eine der Grundvoraussetzungen verlangt, daß die Banken eine angemessene Eigenkapitalquote haben, die mindestens 8% betragen soll. Die im letzten Jahr begonnene Rekapitalisierung der Banken stellt hierfür einen ersten Schritt dar. Ergänzend dazu sind die Neuklassifizierung der risikobehafteten Kredite und die Umstrukturierung des Netzes der Zentralbanknießerlassungen zu sehen, um die Kreditpolitik der Einflußnahme lokaler Behörden zu entziehen. (AWSJ, 15.6.99; SWB FE/D3554/CNS, 7.6.99; XNA, 4.6.99) -schü-

SVR Hongkong

26 Der Ständige Ausschuß des NVK entscheidet im Hongkonger Verfassungskonflikt: Auslegung des Basic Law zum Aufenthaltsrecht

Auf Antrag der Regierung der SVR Hongkong und nach Weiterleitung durch den Staatsrat der VR China hat der Ständige Ausschuß des Nationalen Volkskongresses (NVK) entschieden, daß die Bestimmungen des Basic Law der SVR Hongkong zum Aufenthaltsrecht in den Artikeln 22 (4) und 24 (2) (3) in einem engen Sinne zu verstehen seien. Mit dieser Auslegung kommt der Ständige Ausschuß dem Wunsch der Hongkonger Exekutive entgegen, die Zuwanderung nach Hongkong in den nächsten Jahren strikt zu begrenzen (siehe C.a., 1999/5, S.472).

Im englischen Wortlaut der Auslegung (XNA, 27.6.1999) heißt es: Der Terminus „Chinese people in regions other than Hong Kong“ in Artikel 22 (4) bezieht sich auf „all people living in various provinces, autonomous regions and municipalities across China, including Chinese nationals who were born to permanent Hong Kong residents in the interior areas. All these people, if they, for whatever reasons, want to enter the HKSAR, must first

apply to the relevant departments in the places where they live, and wait for approval. And they will not be allowed to enter the HKSAR unless they hold valid papers issued by the relevant departments.“

Voraussetzung dafür, daß Kinder von Hongkongern („permanent Hong Kong residents“) ein automatisches Aufenthaltsrecht in Hongkong erhielten, sei, daß mindestens ein Elternteil schon zum Zeitpunkt der Geburt „permanent Hong Kong resident“ gewesen sei. Denjenigen Personen, die im Gefolge des Urteils des Obersten Hongkonger Berufungsgerichts vom 29. Januar schon das Aufenthaltsrecht erhielten, sollen aus der Auslegung durch den Ständigen Ausschuß des NVK keine Nachteile entstehen; für sie gelten weiterhin die Bestimmungen im Urteil des Obersten Berufungsgerichts.

Die Reaktionen in Hongkong auf die Veröffentlichung der Auslegung fielen unterschiedlich aus. In chinakritischen Kreisen und unter Juristen wurde die auf politischem Wege eingeleitete Revision eines Urteils, das von einem unabhängigen Hongkonger Gericht gefällt worden war, als möglicher Anfang vom Ende des rule of law in der Sonderverwaltungsregion kritisiert. In der Hongkonger Bevölkerung wurde die restriktive Auslegung des Aufenthaltsrechtes mehreren Umfragen zufolge hingegen begrüßt. (IHT, 28.6.1999) -hei-

27 Zehntausende Hongkonger nehmen an Kundgebung zum 4. Juni teil

Am Abend des 4. Juni haben auf dem Hongkonger Victoria-Platz zwischen sechzig- und siebzigtausend Menschen an einer Mahnwache für die Opfer des Militäreinsatzes 1989 in Beijing teilgenommen. Es handelte sich um die einzige größere Gedenkveranstaltung, die auf dem Territorium der VR China stattfinden konnte. In den Hongkonger Medien war zuvor ausgiebig und zum Teil sehr kritisch über die damaligen Vorgänge in der VR China berichtet worden.

Die Kundgebungen bestätigten die politische Sonderrolle Hongkongs innerhalb der VR China hinsichtlich